

Die Kritik des US-Publizisten William Blum an der aggressiven Politik der USA, der NATO und der EU könnte auch bisher Uneinsichtigen helfen, an Weihnachten endlich zur Besinnung zu kommen.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 210/12 – 23.12.12**

Der Klimawandel, die Wirtschaftskrise und die Gewaltorgien des Krieges

**"Atomar, ökologisch, chemisch, wirtschaftlich –
unser durch Dummheit gekennzeichnetes Tötungsarsenal ist sehr eindrucksvoll
für eine Spezies, die so intelligent wie der Homo sapiens ist." [1]**

Von William Blum

Information Clearing House, 11.12.12

(<http://www.informationclearinghouse.info/article33290.htm>)

Die Hurrikane, die Taifune, die Hitzewellen, die Dürreperioden, die sintflutartigen Regenfälle und die Überschwemmungen nehmen immer schlimmere Ausmaße an und setzen ständig neue Rekorde.

Dagegen müsste natürlich etwas getan werden, es sei denn, auch Sie glauben, dass wir Menschen diese Naturkatastrophen nicht selbst verschuldet haben. Wenn es aber nur die geringsten Anzeichen dafür gibt, dass der Treibhauseffekt diese Veränderungen verursacht, sollten wir ihn dann nicht zu stoppen versuchen? Schließlich steht zu viel auf dem Spiel – nämlich die Zivilisation, wie wir sie kennen. Die Kohlendioxid-Emissionen in die Atmosphäre müssen unbedingt einschneidend reduziert werden.

Warum führt Barack Obama den Kampf gegen den Klimawandel nicht mit der gleichen Intensität wie den Krieg? Warum lässt er nicht die für die Finanzkatastrophe verantwortlichen Banker und Börsenmakler zur Rechenschaft ziehen, sondern Julian Assange (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Julian_Assange) und Bradley Manning (s. dazu http://de.wikipedia.org/wiki/Bradley_Manning) verfolgen?

In beiden Fällen stellt er die Interessen der US-Konzerne über die Interessen der gesamten Welt. Die Konzernherren werden weder durch Geldstrafen noch durch Auflagen zu einer Veränderung ihres (rücksichtslosen) Verhaltens angehalten. Dabei könnte nur ein längerer Aufenthalt in einem streng geführten Gefängnis dazu führen, dass sich in ihnen vielleicht doch noch etwas entwickelt, was ihnen bisher völlig fehlt – ein soziales Gewissen.

Nur wenn George W. Bush, Dick Cheney und ihre Komplizen für die von ihnen angeordneten Bombardierungen und Folterungen bestraft werden, können zukünftige US-Kriegstreiber davon abgehalten werden, in deren blutige Fußstapfen zu treten.

Seine Wiederwahl könnte Obama dazu ermutigen. Er betrachtet sie aber wahrscheinlich nur als Bestätigung für seine bisherige Politik, obwohl ihn nur 29,3 Prozent der Wahlberechtigten gewählt haben und ein unbekannter, aber sicher großer Anteil seiner Wähler sich die Nase zuhalten musste, als sie für das angeblich kleinere von zwei Übeln stimmten. Daraus kann er wohl kaum eine leidenschaftliche Unterstützung für seine Politik ableiten.

Letzte Woche hat in der Hauptstadt Doha des Emirats Katar (Infos dazu s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Katar>) der Klimagipfel der Vereinten Nationen stattgefunden. Viele der daran teilnehmenden Umweltaktivisten haben – im Gegensatz zu den meisten Regierungsvertretern – vor dem drohenden Weltuntergang gewarnt: "Die Zeit läuft ab, eigentlich ist es schon viel zu spät, das Klima hat sich bereits unumkehrbar verändert. Der Hurrikan Sandy (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Hurrikan_Sandy) hat gezeigt, welche Folgen das Ansteigen des Meeresspiegels hat, und es wird noch viel schlimmer kommen." Das Kyoto-Protokoll (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Kyoto-Protokoll>) ist der bisher einzige internationale Vertrag zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen. Viele Umweltexperten betrachten es als Meilenstein. Die USA haben es aber bisher nicht ratifiziert. Auf den vorausgegangenen Klimakonferenzen in Kopenhagen und Durban haben die USA alle globalen Maßnahmen, die das Überleben der Menschheit sichern könnten, einfach blockiert.

Auf der Konferenz in Doha wurden die USA besonders deswegen kritisiert, weil sie sich als einer der größten Verursacher des bereits wirkenden Treibhauseffektes immer noch weigern, eine führende Rolle beim weltweiten Umweltschutz zu übernehmen. Die indische Umweltexpertin Sunita Narain (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Sunita_Narain) nannte einen Vertreter der US-Regierung "den verstocktesten Rüpel im Konferenzsaal". [2]

Die Vertreter der US-Regierung hatten wie immer nur die Profite der US-Konzerne im Auge. Eine Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen könnte deren Gewinnaussichten schmälern. Shamus Cooke, der die Website ZSpace betreibt (s. <http://www.zcommunications.org/zspace/shamuscooke>), fasste diesen Sachverhalt so prägnant zusammen, dass er als Inschrift auf dem Grabstein der Erde stehen könnte: "Weil die erneuerbaren Energien nicht ebenso profitabel wie Öl sind – und sie sind es nicht – wird die Mehrheit der kapitalistischen Investoren mit der Zerstörung unseres Planeten einfach fortfahren. So einfach ist das. Auch die gutwilligsten Kapitalisten werfen ihr Geld nicht für Investitionen hinaus, die ihnen nicht genug einbringen."

Eine kurze Geschichte der Supermächte

Vom Wiener Kongress 1815 (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Wiener_Kongress), über den Berliner Kongress 1878 (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Berliner_Kongress), die Intervention von "Entente-Mächten" in Russland im Jahr 1918 (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Russischer_B%C3%BCrgerkrieg) bis zur Bildung der heutigen Europäischen Union, die in den 1950er Jahren begann, haben sich die Großmächte Europas und der Welt immer wieder in Konferenzsälen und auf Schlachtfeldern getroffen, um die Grundregeln für die imperialistische Ausbeutung Lateinamerikas, Afrikas, Asiens, Australiens, Neuseelands und Ozeaniens auszukungeln, um die Christianisierung und Kolonisierung voranzutreiben, um sich auf neue Landkarten zu einigen und um Revolutionen und andere Bedrohungen ihrer Vorherrschaft zu unterdrücken. Die Erhaltung ihrer Macht nahmen sie immer todernst. 1918 schlossen sich zum Beispiel insgesamt 13 Staaten – darunter Frankreich, Großbritannien, Rumänien, Italien, Serbien, Griechenland, Japan und die USA – zu einer militärischen Invasion Russlands zusammen, um – wie Winston Churchill damals offen zugab – den entstehenden bolschewistischen Staat "schon während seiner Geburt zu erdrosseln".

Und nach dem Zweiten Weltkrieg gründeten die Westmächte – ohne jede Rücksicht darauf, wer darin am härtesten gekämpft und die meisten Opfer für den Sieg gebracht hatte – ohne (und gegen) die Sowjetunion eilig die North Atlantic Treaty Organization / NATO. Die NATO, die Europäische Union und die USA verhinderten im Kalten Krieg gemeinsam, dass bei Wahlen in Frankreich und Italien Kommunisten und mit ihnen Verbündete ganz legal an die Macht kamen. Diese Partnerschaft blieb auch nach dem formellen Ende des Kalten Krieges bestehen. Die USA, die Europäische Union und die NATO sind zu einer

dreigliedrigen Supermacht zusammengewachsen – mit integrierten Streitkräften und einer gemeinsamen Außenpolitik; fast alle EU-Mitglieder sind auch Mitglieder der NATO, und fast alle NATO-Mitglieder in Europa gehören auch der EU an. Die meisten NATO-Mitglieder haben auch schon Truppen abgestellt, die unter Führung der USA und/oder der NATO im Irak, in Afghanistan, auf dem Balkan oder anderswo eingesetzt wurden.

Gemeinsam hat dieses verschworene Triumvirat Jugoslawien zerschlagen, Afghanistan und den Irak verwüstet, gegen den Iran, Kuba und andere Staaten lähmende Sanktionen verhängt, die libysche Regierung gestürzt, und jetzt versucht es auch die syrische Regierung zu stürzen. Vor der Welt hat das Triumvirat seine völkerrechtswidrigen Interventionen immer mit der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus zu rechtfertigen versucht, obwohl nicht nur der Irak, sondern auch Libyen und Syrien vor den Interventionen weltlich geprägte, moderne Staaten waren. Werden die Menschen in diesen geschundenen Staaten jemals wieder vernünftig leben können?

Wie früher bei der Unterdrückung der Linken in Frankreich und Italien hat sich das verschworene Triumvirat auch bei der Destabilisierung der Regierungen Libyens und Syriens mit Terroristen verbündet und dabei in einem erschreckenden Ausmaß terroristische Methoden benutzt. [3]. Es wäre schwierig, eine der mit Al-Qaida in Verbindung stehenden, im Mittleren Osten operierenden terroristische Gruppierungen zu benennen, die das Triumvirat nicht dazu angestiftet hat, mit den für sie typischen Autobomben und Selbstmordattentaten den Präsidenten Assad zu bekämpfen. Nimmt das Triumvirat dabei aus moralischen oder juristischen Gründen irgendwelche Rücksichten? Gibt es irgendeine Weltregion, die das Triumvirat nicht als seinen Einflussbereich beansprucht? Großbritannien und Frankreich haben jetzt gemeinsam mit der Türkei und mehreren Staaten auf der arabischen Halbinsel ein erst kürzlich neu gebildetes Oppositionsbündnis als alleinige Vertretung des syrischen Volkes anerkannt. "Im Hinblick auf das Völkerrecht ist das völlig inakzeptabel," erklärte daraufhin der russische Ministerpräsident Dmitri Medwedew. "Wenn jemand, weil er das politische Regime eines anderen Staates ändern will, die Souveränität eines Staates einem Oppositionsbündnis überträgt, verhält er sich meiner Meinung nach ziemlich unzivilisiert." Nachdem Frankreich als erster westlicher Staat die neu gebildete Syrian National Coalition (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Nationale_Koalition_der_syrischen_Revolutionen_und_Oppositionskräfte) als alleinige Vertretung Syriens anerkannt hatte, schlossen sich ihm umgehend auch Großbritannien, Italien und die Europäische Union an. [4] Das Halseisen (für Assad) beginnt sich zu schließen.

Die Europäische Union ist in den letzten Jahren in eine Finanzkrise geraten, in der ihre Hauptsorge der Rettung der Banken auf Kosten der Bürger galt; das hat dazu geführt, dass die Bürgerschaft einiger Mitgliedstaaten den Austritt aus der Gemeinschaft gefordert hat. Ich denke, dass die Auflösung der Europäischen Union dem Weltfrieden dienen würde, weil dadurch den Kriegsverbrechern in den USA und in der NATO ein Komplize abhanden käme und ausscheidende Mitglieder der Union zu einer eigenständigen Außenpolitik zurückkehren könnten.

Anschließend können wir uns an die Auflösung der NATO machen, die nicht nur heute keine Existenzberechtigung mehr hat, sondern auch in der Vergangenheit immer nur ein Tötungsinstrument Washingtons war. [5]

Wie die UN-Generalversammlung seit 21 Jahren über das Kuba-Embargo abstimmt

Jahrelang waren die politische Führung und die Medien der USA bestrebt, Kuba als international geächteten "Pariastaat" zu brandmarken. Jetzt sind sie verstummt. Ein Grund dafür könnte eine jährlich in die Generalversammlung der Vereinten Nationen eingebrachte

Resolution sein, in der immer wieder gefordert wird: "Es besteht die Notwendigkeit, das wirtschaftliche, kommerzielle und finanzielle Embargo zu beenden, das die USA gegen Kuba verhängt haben." Aus der nachfolgenden Tabelle ist zu ersehen, wie seit 1992 – ohne Enthaltungen – darüber abgestimmt wurde.

Jahr - Stimmen (Ja-Nein) - Nein

1992	59-2	USA, Israel
1993	88-4	USA, Israel, Albanien, Paraguay
1994	101-2	USA, Israel
1995	117-3	USA, Israel, Usbekistan
1996	138-3	USA, Israel, Usbekistan
1997	143-3	USA, Israel, Usbekistan
1998	157-2	USA, Israel
1999	155-2	USA, Israel
2000	167-3	USA, Israel, Marschall-Inseln
2001	167-3	USA, Israel, Marschall-Inseln
2002	173-3	USA, Israel, Marschall-Inseln
2003	179-3	USA, Israel, Marschall-Inseln
2004	179-4	USA, Israel, Marschall-Inseln, Palau
2005	182-4	USA, Israel, Marschall-Inseln, Palau
2006	183-4	USA, Israel, Marschall-Inseln, Palau
2007	184-4	USA, Israel, Marschall-Inseln, Palau
2008	185-3	USA, Israel, Palau
2009	187-3	USA, Israel, Palau
2010	187-2	USA, Israel
2011	186-2	USA, Israel
2012	188-3	USA, Israel, Palau

Das Ergebnis der jedes Jahr im Herbst in der UN-Generalversammlung durchgeführten Abstimmung beweist, dass die Weltgemeinschaft ihre Vernunft noch nicht völlig verloren hat und dass nicht alle Regierungen total unter der Kontrolle des US-Imperiums stehen.

Das alles begann am 6. April 1960, als Lester D. Mallory, der stellvertretende US-Außenminister für die Beziehungen zwischen den Staaten Amerikas, in einem internen Memorandum Folgendes schrieb: "Die Mehrheit der Kubaner unterstützt Castro. ... Diese hohe Zustimmungsrates kann nur verringert werden, wenn wir durch wirtschaftlichen Druck eine Verelendung Kubas herbeiführen. ... Deshalb sollten wir mit allen denkbaren Mitteln möglichst schnell versuchen, das Wirtschaftsleben Kubas zu schwächen." Mallory schlug vor, "einen Aktionskatalog zu erarbeiten, ... mit dem sich der Zufluss von Geld und Waren nach Kuba eindämmen, ein Absenken der Löhne durchsetzen und Hunger und Verzweiflung erzeugen lassen, was zum Sturz der (kubanischen) Regierung führen wird." [6] Noch im gleichen Jahr verhängte die Eisenhower-Regierung das lähmende Embargo, mit dem der Erzfeind Kuba vernichtet werden sollte.

Die Platzierung der US-Präsidenten im richtigen Kontext

"Es gab einmal einen radikalen Präsidenten, der versuchte, die Gesellschaft der USA durch Eingriffe der Regierung zu erneuern. Während seiner ersten Amtszeit schuf er ein bundesstaatliches System zur Unterstützung von Sozialprogrammen der Einzelstaaten und Kommunen, das Milliarden kostete. Er gründete eine beeindruckende Behörde, die das Einbringen von Emissionen in die Luft und ins Wasser regulieren und sich um die Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter kümmern sollte. Wenn ihn der Kongress nicht

daran gehindert hätte, wäre er noch viel weiter gegangen. Er wollte ein Mindesteinkommen für Arbeiterfamilien festsetzen und schlug zusätzlich eine vom Staat finanzierte Krankenversicherung für Familien mit niedrigen Einkommen vor, forderte die Arbeitgeber auf, ihre Beschäftigten zu versichern, und wollte verbindliche Standards für private Versicherungen festlegen. Glücklicherweise nahm seine zweite Amtszeit ein schnelles Ende und seine gesellschaftsverändernden Träume wurden nie verwirklicht.

Sein Name war Richard Nixon (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Richard_Nixon)."[7]

Filme zur US-Außenpolitik

"The Power Principle" (Das Machtprinzip) von Scott Noble besteht aus drei Filmen. (Alle drei Teile können kostenlos aufgerufen werden unter <http://topdocumentaryfilms.com/power-principle/>). Ich habe bisher nur Teil 1 "Empire" (Imperium) ganz gesehen, und kann sagen, dass es sich um ein großartiges Werk handelt. Die drei Teile der Serie haben folgende Laufzeiten:

Teil 1: Empire (Imperium), 1h 35 min

Teil 2: Propaganda, 1h 38 min

Teil 3: Apokalypse, 1h 10 m)

In den drei Filmen kommen Noam Chomsky, Michael Parenti, John Stockwell, Christopher Simpson, Ralph McGehee, Philip Agee, Nafeez Ahmed, John Perkins, James Petras, John Stauber, Russ Baker, Howard Zinn, William Blum, Nancy Snow, William I. Robinson, Morris Berman, Peter Phillips, Michael Albert und andere zu den üblichen Verdächtigen gehörende Personen zu Wort.

Wer diese und andere Filme Scott Nobles kommentieren will, kann ihn über dmacab9@hotmail.com erreichen.

Bekannter sind das Buch und der neue Film "The Untold History of the United States" (Die bisher nicht erzählte Geschichte der USA) von Oliver Stone und Peter Kuznick; der Film wird als 10-teilige Reihe in der Sendung "Showtime" ausgestrahlt. (Weitere Infos dazu sind aufzurufen unter <http://www.sho.com/sho/oliver-stones-untold-history-of-the-untold-states/home>, <http://www.youtube.com/watch?v=a5-veAiYgAY> und http://therealnews.com/t2/index.php?option=com_content&task=view&id=33&Itemid=74&jumival=956 .) Nur Stone konnte es schaffen, diese dunkle Seite der Geschichte und der Außenpolitik der USA im Mainstream-TV unterzubringen. Es wird interessant sein, zu beobachten, wie die anderen Massenmedien auf diese neue Einschätzung des bisher ungetrübten Bildes der USA von sich selbst reagieren werden.

Anmerkungen / Notes

[1] Jeanette Winterson, The New York Times, September 17, 2009

[2] Democracy Now!, December 7, 2012

[3] For France and Italy, see Operation Gladio Wikipedia; and Daniele Ganser, Operation Gladio: NATO's Top Secret Stay-Behind Armies and Terrorism in Western Europe (2005)

[4] Agence France Presse, November 26, 2012

[5] For the best coverage of the NATO monolith, sign up with StopNATO. To get on the mailing list write to Rick Rozoff at rwrozoff@yahoo.com . To see back issues at <http://groups.yahoo.com/group/stopnato>

[6] Department of State, Foreign Relations of the United States, 1958-1960, Volume VI, Cuba (1991), p.885

[7] From the review of the book: I am the change: Barack Obama and the Crisis of Liberalism by Charles Kesler. Review by Mark Lilla, The New York Times Book Review, September 30, 2012, p.1

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Infos über William Blum sind aufzurufen unter http://de.wikipedia.org/wiki/William_Blum . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Climate Change, Economic Crisis and the Violence of War

"Nuclear, ecological, chemical, economic — our arsenal of Death by Stupidity is impressive for a species as smart as Homo sapiens"

By William Blum

December 11, 2012 "Information Clearing House" - The hurricanes, the typhoons, the heat waves ... the droughts, the heavy rains, the floods ... ever more powerful, ever new records being set.

Something must be done of course. Except if you don't believe at all that it's man-made. But if there's even a small chance that the greenhouse effect is driving the changes, is it not plain that, at a minimum, we have to err on the side of caution? There's too much at stake. Like civilization as we know it. Carbon dioxide emissions into the atmosphere must be greatly curtailed.

Why does Barack Obama not pursue the battle against climate change with the same intensity he pursues war? Why does he not seek to punish the American bankers and stock-brokers responsible for the financial calamity as much as he seeks to punish Julian Assange and Bradley Manning?

In both cases he's putting the interests of the corporate world before anything else. No amount of fines or penalties will induce corporate leaders to modify their behavior. Only spending some hard time in a prison cellblock might cause the growth in them of their missing part, the part that's shaped like a social conscience.

Only prosecuting George W. Bush, Dick Cheney, and their partners in bombing and torture will discourage future American war lovers from following in their bloody footsteps.

The recent election result can only embolden Obama. He likely took it as an affirmation of his policies, although only 29.3% of those eligible to vote actually voted for him. And an unknown, but certainly significant, number of those who did so held their nose while voting

for the supposed lesser of two evils. Hardly indicative of impassioned support for his policies.

Last week the United Nations Climate Summit was held in Doha, Qatar. The comments which came from many of the activists (as opposed to various government officials) were doomsdayish ... "Time is running out ... time has already run out ... the climate has already changed ... Hurricane Sandy, rising sea levels, the worst is yet to come." The Kyoto protocol is still the only international treaty stipulating cuts in greenhouse gas emissions. It's a touchstone for many environmentalists. But the United States has never ratified it. At the previous conferences in Copenhagen and Durban, the US blocked important global action and failed to honor vital pledges.

At the Doha conference the US was acutely criticized for failing to take the lead on planet protection, especially in light of its standing as the largest historic contributor to the current levels of greenhouse gasses in the atmosphere. ("The most obdurate bully in the room", declared the Indian environmentalist, Sunita Narain. 2)

What motivates the American representatives, now as before, as ever, is concern about corporate profits. Cutting back on greenhouse gas emissions can hurt the bottom line. A suitable epitaph for the earth's tombstone. Shamus Cooke, writing on ZSpace, sums it up well: "Thus, if renewable energy is not as profitable as oil — and it isn't — then the majority of capitalist investing will continue to go towards destroying the planet. It really is that simple. Even the best-intentioned capitalists do not throw their money away on non-growth investments.

A brief history of Superpowers

From the Congress of Vienna of 1815 to the Congress of Berlin in 1878 to the "Allies" invasion of Russia in 1918 to the formation of what became the European Union in the 1950s, the great powers of Europe and the world have gotten together in grand meeting halls and on the field of battle to set the ground rules for imperialist exploitation of Latin America, Africa, Asia, and Australasia, to Christianize and 'civilize', to remake the maps, and to suppress revolutions and other threats to great-power hegemony. They have been deadly serious. In 1918, for example, some 13 nations, including France, Great Britain, Rumania, Italy, Serbia, Greece, Japan, and the United States, combined in a military invasion of Russia to "strangle at its birth" the nascent Bolshevik state, as Winston Churchill so charmingly put it.

And following World War 2, without any concern about who had fought and died to win that war, the Western powers, sans the Soviet Union, moved to create the North Atlantic Treaty Organization. NATO, along with the European Union, then joined the United States in carrying out the Cold War and preventing the Communists and their allies from coming to power legally through elections in France and Italy. That partnership continued after the formal end of the Cold War. The United States, the European Union, and NATO are each superpowers, with extensive military, as well as foreign policy integration — almost all EU members are also members of NATO; almost all NATO members in Europe are in the EU; almost all NATO members have had a military contingent serving under NATO and/or the US in Iraq, Afghanistan, the Balkans and elsewhere.

Together, this Holy Triumvirate has torn apart Yugoslavia, invaded and devastated Afghanistan and Iraq, crippled Iran, Cuba and others with sanctions, overthrown the Libyan government, and are on the verge now of the same in Syria. Much of what the Triumvirate has told the world to justify this wanton havoc has concerned Islamic terrorism, but it

should be noted that prior to the interventions in Iraq, Libya and Syria all three countries were secular and modern. Will the people of those sad lands ever see that life again?

In suppressing the left in France and Italy, and later in destabilizing the governments of Libya and Syria, the Holy Triumvirate has closely aligned itself with terrorists and terrorist methods to a remarkable extent. 3 In Syria alone, it would be difficult to name any Middle East terrorist group associated with al Qaeda — employing their standard car bombings and suicide bombers — that is not taking part in the war against President Assad with the support of the Triumvirate. Is there anything — legally or morally — the Triumvirate regards as outside its purview? Any place not within its geographical mandate? Britain and France have now joined Turkey and Arabian Peninsula states in recognizing a newly formed opposition bloc as the sole representative of the Syrian people. “From the point of view of international law, this is absolutely unacceptable,” Russian Prime Minister Dmitry Medvedev declared. “A desire to change the political regime of another state by recognizing a political force as the sole carrier of sovereignty seems to me to be not completely civilised.” France was the first Western state to recognize the newly-formed Syrian National Coalition and was swiftly joined by Britain, Italy and the European Union. 4 The neck irons tighten.

The European Union in recent years has been facing a financial crisis, where its overriding concern has been to save the banks, not its citizens, inspiring calls from the citizenry of some member states to leave the Union. I think the dissolution of the European Union would benefit world peace by depriving the US/NATO mob of a guaranteed partner in crime by returning to the Union’s members their individual discretion in foreign policy.

And then we can turn to getting rid of NATO, an organization that not only has a questionable *raison d’être* in the present, but never had any good reason-to-be in the past other than serving as Washington’s hit man. 5

The United Nations vote on the Cuba embargo — 21 years in a row

For years American political leaders and media were fond of labeling Cuba an “international pariah”. We don’t hear that any more. Perhaps one reason is the annual vote in the United Nations General Assembly on the resolution which reads: “Necessity of ending the economic, commercial and financial embargo imposed by the United States of America against Cuba”. This is how the vote has gone (not including abstentions):

Year	Votes (Yes-No)	No Votes
1992	59-2	US, Israel
1993	88-4	US, Israel, Albania, Paraguay
1994	101-2	US, Israel
1995	117-3	US, Israel, Uzbekistan
1996	138-3	US, Israel, Uzbekistan
1997	143-3	US, Israel, Uzbekistan
1998	157-2	US, Israel
1999	155-2	US, Israel
2000	167-3	US, Israel, Marshall Islands
2001	167-3	US, Israel, Marshall Islands
2002	173-3	US, Israel, Marshall Islands
2003	179-3	US, Israel, Marshall Islands
2004	179-4	US, Israel, Marshall Islands, Palau
2005	182-4	US, Israel, Marshall Islands, Palau

2006	183-4	US, Israel, Marshall Islands, Palau
2007	184-4	US, Israel, Marshall Islands, Palau
2008	185-3	US, Israel, Palau
2009	187-3	US, Israel, Palau
2010	187-2	US, Israel
2011	186-2	US, Israel
2012	188-3	US, Israel, Palau

Each fall the UN vote is a welcome reminder that the world has not completely lost its senses and that the American empire does not completely control the opinion of other governments.

How it began: On April 6, 1960, Lester D. Mallory, US Deputy Assistant Secretary of State for Inter-American Affairs, wrote in an internal memorandum: “The majority of Cubans support Castro ... The only foreseeable means of alienating internal support is through disenchantment and disaffection based on economic dissatisfaction and hardship. ... every possible means should be undertaken promptly to weaken the economic life of Cuba.” Mallory proposed “a line of action which ... makes the greatest inroads in denying money and supplies to Cuba, to decrease monetary and real wages, to bring about hunger, desperation and overthrow of government.” 6 Later that year, the Eisenhower administration instituted the suffocating embargo against its eternally-declared enemy.

Placing American presidents in their proper context

“Once upon a time there was a radical president who tried to remake American society through government action. In his first term he created a vast network of federal grants to state and local governments for social programs that cost billions. He set up an imposing agency to regulate air and water emissions, and another to regulate workers’ health and safety. Had Congress not stood in his way he would have gone much further. He tried to establish a guaranteed minimum income for all working families and, to top it off, proposed a national health plan that would have provided government insurance for low-income families, required employers to cover all their workers and set standards for private insurance. Thankfully for the country, his second term was cut short and his collectivist dreams were never realize.

His name was Richard Nixon.” 7

Films on US foreign policy

The Power Principle is a series of three films by Scott Noble. Part one, “Empire”, is the only one I’ve seen completely so far and I can say that it’s great stuff. The three parts, with their times, are:

Part 1: Empire (1h 35m)

Part 2: Propaganda (1h 38m)

Part 3: Apocalypse (1h 10m)

Featured in the films are Noam Chomsky, Michael Parenti, John Stockwell, Christopher Simpson, Ralph McGehee, Philip Agee, Nafeez Ahmed, John Perkins, James Petras, John Stauber, Russ Baker, Howard Zinn, William Blum, Nancy Snow, William I. Robinson, Morris Berman, Peter Phillips, Michael Albert, and others of the usual suspects.

To comment about these films or others by Scott Noble, write to him at dmacab9@hotmail.com.

Much more publicized is the new film and book by Oliver Stone and Peter Kuznick. Entitled The Untold History of the United States, it is a 10-part series appearing on Showtime. Only Stone's name could get this dark side of US history and foreign policy on mainstream television. It will be interesting to observe what the mass media has to say about this challenge to some of America's most cherished beliefs about itself.

Notes see end of Translation

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern